

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 6036/39
Telefax: 888848 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Gerhard Glogowski
zum Umgang mit Ar-
mutsfüchtlingen, poli-
tisch Verfolgten und
Aussiedlern: Nicht
Staaten gewähren Asyl,
sondern die Menschen
vor Ort.

Seite 1

Inge Wettig-Daniel-
meier MdB zur Bedeu-
tung des 9. November
1938: Schützend vor
die Opfer stellen!

Seite 3

Dr. Liesel Hartenstein
MdB zur Haltung der
Bundesregierung ge-
genüber den globalen
Ökologie-Erforderni-
sen: Schutz der Tropen-
wälder beginnt bei
uns.

Seite 3

Wieland Sorge MdB zur
Benachteiligung von
Krankengymnasten
und Physikalischen
Therapeuten durch die
Bundesregierung:
Heilberufe auf Groß-
verdiener reduziert.

Seite 5

Franz Maget MdL zur
Praxis Bayerns lieber
eine Abgabe zu zahlen
als die Einstellungs-
quote zu erfüllen: Be-
schämender Umgang
mit Schwerbehinder-
ten.

Seite 6

46. Jahrgang / 214

8. November 1991

Nicht Staaten gewähren Asyl, sondern die Menschen vor Ort

Zum Umgang mit Armutsfüchtlingen, politisch Verfolgten und Aus-
siedlern

Von Gerhard Glogowski
Innenminister des Landes Niedersachsen

Angesichts der weltweit wachsenden Flüchtlingsströme und der zu-
nehmenden Zahl von Asylbewerbern ist die Diskussion über das Asyl-
recht in Deutschland wieder entbrannt. Der Tonfall der Debatte trägt
allerdings nicht dazu bei, für die unbestreitbaren Schwierigkeiten, vor
denen vor allem die Städte und Gemeinden immer häufiger stehen,
differenzierte und der zukünftigen Entwicklung der Bundesrepublik und
Europas angemessene Lösungen zu finden.

Die Welt hat sich verändert. Der politische Wandel in der Sowjetunion
und in Osteuropa hat - im wahrsten Sinne des Wortes - mehr in Bewe-
gung gesetzt als viele bislang wahrhaben wollen. Die Freude, die wir
über die neue Durchlässigkeit der Grenzen bekundet haben, genauso
wie das Bekenntnis zur Linderung der Armut in weiten Teilen der Welt
stehen in der Asyldebatte auf dem Prüfstein der Glaubwürdigkeit.
Schon deshalb kann die Lösung gar nicht Abschottung und Ausgliederung
heißen.

Gefragt ist mehr. Wir müssen Lösungen finden, die der weltweiten Ar-
mutswanderung, der wachsenden Zahl von Aussiedlern und der im
Grundgesetz und in der Zustimmung zur Genfer Konvention eingegan-
genen Verpflichtung, Flüchtlingen Schutz vor Verfolgung zu gewähren,
in rechtsstaatlicher Form Rechnung tragen. Gefragt ist endlich eine
mutige und engagierte Politik zur Bekämpfung der Fluchtursachen,
eine Forderung, die sich zuallererst an die Außensicherheits-, Wirt-
schafts- und Entwicklungshilfepolitik der Bundesregierung richtet.

Für unsere Partei ist klar, daß das im Grundgesetz Artikel 16 festge-
schriebene Individualrecht auf Asyl nicht eingeschränkt werden kann.
Dazu verpflichtet uns allein schon unsere Geschichte. Allerdings wäre
es töricht, die immer weniger zu lösenden Probleme der Unterbringung
in den Städten und Gemeinden zu verkennen. Deshalb mache ich mich
stark für eine gemeinsame Position, die sich an drei Eckpunkten fest-
machen läßt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08.

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verwendetes Papier
mit wertvollen Rücklagen
Recycling-Papier



1. Oberstes Ziel der gemeinsamen Bemühungen muß die Begrenzung der Zuwanderung auf das sozialverträgliche Maß sein, um die Akzeptanz des Asylrechts in der Bevölkerung zu erhalten, damit wir auch zukünftig wirklich politisch Verfolgten noch uneingeschränkt Schutz gewähren können. Denn nicht Staaten gewähren Asyl, sondern die Menschen vor Ort.
2. Das immer wieder von der CDU angepriesene Patentrezept der Änderung des Artikel 16 GG ist völlig ungeeignet, das Problem in den Griff zu bekommen.
3. Die Zuwanderung zur Bundesrepublik muß insgesamt betrachtet werden und darf sich nicht, wie die CDU das gern möchte, auf die Asylbewerber beschränken. Auch in den ersten Monaten dieses Jahres kamen wesentlich mehr Aussiedler (die sich auf Artikel 116 berufen) als politisch verfolgte Asylbewerber (die sich auf Artikel 16 berufen); das Verhältnis beträgt etwa 20 : 1.

Deshalb meine Vorschläge:

- Eine Quotierung bei der Einwanderung von Aussiedlern. Zur Einführung einer jährlichen Zuwanderungsquote müßte das Vertriebenenrecht geändert werden, nicht aber das Grundgesetz.
- Eine Begrenzung der Zuwanderung bei den offensichtlich unberechtigten Asylbewerbern durch die Einrichtung eines Vorprüfungs- und Verfahrensverteilungsausschusses.

Dieser Ausschuß teilt die Flüchtlinge innerhalb einer Woche in die Gruppen vermutlich politisch Verfolgter nach Artikel 16 GG, Flüchtlinge nach der Genfer Konvention und bloße Zuwanderer ein. Bloße Zuwanderer sind in diesem Sinne solche Asylbewerber, die aus einem Land kommen, bei dem derzeit nach allgemeinen Kriterien keine politische Verfolgung stattfindet (zum Beispiel Polen, Ungarn).

Die Zuordnungsentscheidung zur Gruppe der bloßen Zuwanderer ist die abschließende Verwaltungsentscheidung und kann - im gerichtlichen Eilverfahren - nur noch durch eine einzige Gerichtsstanz innerhalb von zum Beispiel drei Wochen überprüft werden.

Während dieser Zeit bleiben diese Zuwanderer in zentralen Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Bei negativer Gerichtsentscheidung und bei Weigerung freiwilliger Ausreise müssen von dort aus die Abschiebungen erfolgen.

Dieser Vorschlag würde die Gemeinden wegen der Unterbringung in zentralen Gemeinschaftsunterkünften bis zur Aufenthaltsbeendigung von einem wesentlichen Teil ihrer bisherigen Unterbringungslasten befreien.

Teile dieses Vorschlags könnten bereits nach der gegenwärtigen Rechtslage umgesetzt werden. So wäre unvorstellbar, daß die Asylbewerber aus den Hauptherkunftsländern der Flüchtlinge, über deren Anträge in den Außenstellen des Bundesamtes entschieden wird, bis zu dieser Entscheidung, und - wenn durch diese der Asylantrag als offensichtlich unbegründet zurückgewiesen wird - bis zur gerichtlichen Überprüfung dieser Entscheidung in zentraler Unterbringung verbleiben und nicht auf die Gemeinden verteilt werden. Dadurch kann erreicht werden, daß nach abweisender Gerichtsentscheidung aus den zentralen Gemeinschaftsunterkünften kontrolliert aufenthaltsbeendende Maßnahmen durchgeführt werden.

(-/8.11.1991/rs/ks)

Schützend vor die Opfer stellen!

Zur Notwendigkeit, die richtigen Konsequenzen aus dem 9. November 1938 zu ziehen

Von Inge Wettig-Danielmeier MdB
SPD-Präsidiumsmitglied

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Als vor einem Jahr vorgeschlagen wurde, den Tag der Maueröffnung zum nationalen Gedenktag zu erheben, haben wir für einen Augenblick vergessen, daß der 9. November der Tag war, auf den 1938 die "Reichskristallnacht" folgte. Wir sind jetzt grausig daran erinnert worden.

Seit dem Beginn dieses Jahres sind in Deutschland 1.527 gewalttätige Angriffe auf Asylbewerberinnen und Asylbewerber geführt worden. 136 Menschen wurden verletzt, zwei wurden getötet. Auf deutschem Boden darf es nie wieder Pogrome geben.

Alle Demokratinnen und Demokraten sind aufgerufen, sich schützend vor die Opfer zu stellen. Wer meint, mit hetzerischen Reden von der Pogromstimmung politisch profitieren zu können, bricht einen Sturm los, der ihn selber wegfeht.

(-/8.11.1991/rs/ks)

Wirksamer Schutz der Tropenwälder beginnt bei uns

Zur zögernden Haltung der Bundesregierung gegenüber den globalen Ökologie-Erfordernissen

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Stellvertretende Vorsitzende des Umweltausschusses des Deutschen Bundestages

Immer noch geht der Raubbau an den tropischen Regenwäldern fast unvermindert weiter. Eine Studie der FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen) hat vor kurzem festgestellt, daß die Zerstörung rascher fortschreite als bisher angenommen. Allein im Jahre 1991 verschwinde eine Fläche von der Größe Österreichs und der Niederlande zusammen. Die FAO spricht sich daher für eine weltweite Sofortaktion gegen die Regenwaldvernichtung aus.

Im Amazonasgebiet hat der Forschungssatellit NOAA-11 bis zu 88.000 Brandstellen pro Woche registriert. Vor dem Hintergrund dieses flammenden Infernos sollte auch die Bundesregierung zugaben, daß die bisherige Politik zum Schutz der Tropenwälder kläglich gescheitert ist. Stattdessen verweist Bundeskanzler Kohl seit mehr als anderthalb Jahren unermüdlich auf ein publikumswirksames Renommierprojekt, nämlich auf die Bereitstellung von 250 Millionen DM für das Amazonasgebiet in Brasilien.

Er verschweigt allerdings dabei, daß die Planungen für dieses Pilotprojekt bis heute hinter verschlossenen Türen stattfinden und die brasilianische Regierung nicht bereit ist, einen offenen Dialog mit den Betroffenen zu führen, daß keine Initiativen zur Wahrung der Rechte der Indianervölker Amazoniens ergriffen wurden und keine Einbeziehung der Nichtregierungsorganisationen (NGO's) erfolgt, insbesondere nicht der zahlreichen brasilianischen Umweltverbände, die sich um eine Neuorientierung der Amazonaspolitik bemühen, und daß vor allem zur gleichen Zeit die wirtschaftliche Ausbeutung der amazonischen Regenwälder unvermindert weitergeht, auch unter Beteiligung deutscher Firmen.

Unter diesen Bedingungen verwundert es nicht, daß bisher kaum 2/5 der Finanzmittel abgeflossen sind und daß nicht deutlich wird, ob und inwieweit sie wirklich zum Tropenwaldschutz eingesetzt wurden.

Auch auf nationaler Ebene verschleppt die Bundesregierung die Erfüllung dringlicher Aufgaben, die der Deutsche Bundestag auf Vorschlag der Enquete-Kommission 'Schutz der Erdatmosphäre' schon vor über einem Jahr beschlossen hat. Die SPD kritisiert diese Verzögerungstaktik und fordert eine schnelle Umsetzung der vom Parlament einstimmig beschlossenen Maßnahmen.

1. Immer noch kein nationales Aktionsprogramm.

Bis zum 30. November 1990 sollte die Bundesregierung ein nationales Aktionsprogramm vorlegen, in dem unter anderem Initiativen für bilaterale Modellprojekte zum Tropenwaldschutz (zum Beispiel Einrichtung von Naturreservaten), für Aufforstungsprogramme, für den Transfer umweltfreundlicher Technologien, insbesondere zur Nutzung der Solarenergie, vorgesehen werden sollten.

Dieses Aktionsprogramm liegt nicht vor.

2. Bericht der Bundesregierung überfällig.

Schon am 1. März 1991 hätte dem Parlament ein Bericht darüber vorliegen müssen, welche Initiativen die Regierung auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zur Tropenwalderhaltung ergriffen hat und wie weit die Empfehlungen der Enquete-Kommission umgesetzt wurden.

Der Regierungsbericht liegt nicht vor.

3. Schuldenabbau verzögert.

Ausgerechnet Bundesfinanzminister Waigel hat zusammen mit dem britischen Finanzminister einen Vorschlag der EG-Kommission für einen Schuldenerlaß der AKP-Länder gegenüber der EG abgeblockt. Ein rascher Schuldenabbau ist jedoch gerade für die ärmsten Länder lebensnotwendig für den Erhalt ihrer Regenwälder. Nicht zufällig gehören die fünf wichtigsten Tropenwaldländer zu den größten Schuldnerländern.

4. Reform der Tropenforstwirtschaftsaktionspläne (TFAP) bleibt aus.

Die Bundesregierung beteiligt sich nach wie vor an der Finanzierung der waldzerstörenden TFAP, bei denen der größte Teil der Gelder für die industrielle Nutzung der Wälder eingesetzt wird, anstatt auf eine grundlegende Reform zu drängen, die dem Tropenwaldschutz absoluten Vorrang gibt. Dieses Verhalten ist unverantwortlich.

5. Fehlende Initiativen auf EG-Ebene.

Der Bundestag hat die Regierung dringend aufgefordert, Maßnahmen auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft (EG) in die Wege zu leiten, um zum Beispiel den Transfer umwelt- und sozialverträglicher Technologien in den Bereichen Forst- und Landwirtschaft, Energieversorgung und Umweltschutz voranzutreiben, die geforderte Erhöhung der Finanzmittel zur Tropenwalderhaltung ab 1992 um 100 Millionen ECU und ab 1994 um 500 Millionen ECU zu realisieren, auf die Wahrung der Menschenrechte einheimischer Gesellschaften hinzuwirken und zu erreichen, daß die EG-Kommission ihre Vergabekriterien so ausrichtet, daß die Umweltverträglichkeit der Projekte und Programme sichergestellt und das Ziel des Tropenwaldschutzes beachtet wird. Diese Maßnahmen dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden.

6. Einschränkung der Tropenholzimporte.

Für Tropenholz aus Primärwäldern müssen dringend Einfuhrverbote und für Importe aus Sekundärwäldern klare Kennzeichnungspflichten eingeführt werden, wie dies auch das Europäische Parlament vorgeschlagen hat. In der letzten Zeit hat sich der Tropenholzimport wieder beträchtlich erhöht. Fensterrahmen, Türen, Parkettböden, Wandverkleidungen, ja auch Parkbänke und Frühstücksbretchen werden aus tropischen Edelhölzern gefertigt. Damit tragen wir unmittelbar zur Regenwaldvernichtung bei.

Das von der Enquete-Kommission vorgeschlagene Sofortprogramm der sieben größten Industrienationen in Höhe von 750 Millionen DM, das einen exemplarischen Durchbruch hätte bewirken können, ist sowohl beim Weltwirtschaftsgipfel in Houston (1990) als auch bei dem in London (1991) gescheitert. Damit haben die sieben reichsten Länder die Chance vertan, den Willen zur gemeinsamen Verantwortung zu dokumentieren und mit gutem Beispiel zur Rettung der Tropenwälder voranzugehen. Umso dringlicher sind aber nunmehr bilaterale und EG-weite Maßnahmen sowie der Abschluß einer internationalen Klima- und Waldkonvention auf der UN-Konferenz "Umwelt und Entwicklung" 1992 in Brasilien.

Wirksamer Tropenschutz beginnt bei uns. Jeder Tag, der vergeht, ohne daß etwas geschieht, verringert die Chancen zur Rettung der noch verbliebenen tropischen Regenwälder. Die Hälfte des noch vor der Jahrhundertwende vorhandenen Bestandes ist ohnehin bereits zerstört, bei Fortsetzung des gegenwärtigen Vernichtungstrends werden die Philippinen in zehn Jahren, Malaysia schon in acht Jahren keine Tropenwälder mehr besitzen. Selbst die deutschen Holzimporteure (VDH) halten mittlerweile die drastische Erhöhung des Holzeinschlags in Sarawak (Nordborneo) für unverträglich, weil die Zerstörungsspirale immer schneller fortschreitet. Durch Untätigkeit macht sich die Bundesrepublik und ebenso die EG mitschuldig an der Zerstörung der letzten unentbehrlichen Ökosysteme. Deshalb fordern wir die Regierung zu unverzüglichem Handeln auf.

(-/8.11.1991/rs/ks)

Heilberufe auf Großverdiener reduziert

Zur Benachteiligung von Krankengymnasten und Physikalischen Therapeuten durch die Bundesregierung

Von Wieland Sorge MdB

Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD

Die Bundesregierung hat die Heilberufe in ihrer Gesamtheit aus der ERP-Förderung nunmehr herausgenommen, da die 15 Milliarden DM des ERP-Programms einer zu großen Nachfrage unterliegen. Anträge, die zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bewilligt sind, fallen dabei ebenfalls diesem Beschluß zum Opfer.

Der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Erich Riedl begründete diese Entscheidung in der gestrigen Fragestunde des Bundestages damit, daß die bisherige Gewährung dieser Kredite ohnehin nur eine Ausnahmeregelung gewesen sei, da diese Berufsgruppen in den alten Bundesländern nie derartige Kredite beantragen konnten. Zudem stünden den Angehörigen der Heilberufe neben steuerlichen Hilfen Förderungsprogramme mit "insgesamt erheblichem Subventionsgehalt" weiterhin zur Verfügung. Auf Nachfragen gab er zudem unumwunden zu, daß auch der große finanzielle spätere Ertrag eine Ausgliederung gerade dieser Berufe aus dem ERP-Programm rechtfertige.

Mit diesem Argument wird wieder einmal deutlich, daß unter dem Begriff der "Heilberufe" allein die Ärzte- und Apothekerschaft gemeint ist. Die in meiner an die Bundesregierung gestellten Frage aber ausdrücklich genannten Krankengymnasten und Physikalischen Therapeuten werden damit ein weiteres Mal mit den Großverdienern unter den Angehörigen der Heilberufe gleichgesetzt, was ihrer individuellen Lage keineswegs gerecht wird.

Es ist sehr bedauerlich, daß diese undifferenzierte Betrachtungsweise zu einer Benachteiligung dieser eben nicht finanzkräftigen Berufsgruppe führt.

(-/8.11.1991/rs/ks)

Beschämender Umgang mit Schwerbehinderten

Zur Praxis Bayerns lieber eine Abgabe zu zahlen als die Einstellungsquote zu erfüllen

Franz Meget MdL

Sozial-Experte der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Bei der Einstellung von Schwerbehinderten in den öffentlichen Dienst bildet das CSU-regierte Bayern im Vergleich mit den anderen alten Bundesländern weiterhin das Schlußlicht. Statt der vorgeschriebenen Pflichtquote von sechs Prozent der Beschäftigten kommt der Freistaat nur auf 3,46 Prozent. Nach dem neuesten Bericht von Finanzminister Waldenfels - er hinkt immer um ein Jahr zurück - hat sich die Lage der Behinderten 1990 lediglich um sage und schreibe 0,01 Prozent gegenüber 1989 "verbessert", als die Schwerbehindertenquote 3,45 Prozent betragen hatte.

"Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt eingestellt" - so lauten die Stellenanzeigen großer Unternehmen. Doch trotz solcher Annoncen sind allein in Bayern Ende September 1991 etwa 19.000 Schwerbehinderte ohne Arbeit. Obwohl rund 40 Prozent der offenen Stellen auch für Behinderte geeignet wären, zahlen die meisten bayerischen Unternehmen lieber die vom Staat vorgeschriebene Ausgleichsabgabe in Höhe von 200 Mark pro nicht besetzten Pflichtplatz.

Besonders beschämend ist es, daß sich auch die CSU-Staatsregierung mit knapp 13 Millionen Mark für das Jahr 1990 freikaufen mußte, nur weil sie die Sollquote von sechs Prozent zur Beschäftigung von Behinderten in den bayerischen Amtsstuben nicht erfüllt hatte. Die Staatsregierung appelliert immer nur an die Privatwirtschaft, mehr Schwerbehinderte einzustellen. Das Streibl-Kabinett ist aber selbst unglaubwürdig, wenn es sich nicht daran hält. Damit stellt sich die Staatsregierung ein soziales Armutszeugnis aus. Denn der reiche Freistaat Bayern mit seiner im Vergleich zu den meisten anderen Bundesländern stärkeren Wirtschaftskraft ist "Tabellenletzter" im Bund.

Die Dimension der unsozialen Politik der Staatsregierung zeigt sich an Hand folgender Zahlen: Im Öffentlichen Dienst des Freistaats gibt es 279.243 Arbeitsplätze. Aufgrund der Sechs-Prozent-Quote ergibt dies 16.714 Pflichtplätze. Tatsächlich besetzt sind aber nur 9.680, also ein Minus von 7.074.

Würde die CSU-Regierung die Sollquote also nur erfüllen, dann wären "nur" noch etwa 12.000 Behinderte im Freistaat ohne Arbeit.

(-/8.11.1991/rs/ks)
